

Die Kartellgeldbuße

Begrenzung durch allgemeine Grundsätze der Strafbarkeit

Bearbeitet von
Vanessa McAllister

1. Auflage 2017 2017. Taschenbuch. 304 S. Paperback
ISBN 978 3 7073 3609 2
Format (B x L): 14,8 x 21 cm
Gewicht: 500 g

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Recht des Auslands > Ausländisches Recht: Österreich](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Quellenverzeichnis	XXI
1. Einleitung	1
2. Geschichtliche Entwicklung des Kartell(straf)rechts	6
2.1. Entwicklung in Österreich	6
2.1.1. Kriminalstrafen für Kartellverstöße bis 2002	6
2.1.2. Entkriminalisierung 2002 und Angleichung an das EU-Kartellrecht	12
2.1.3. Einführung des Prinzips der Legalaußnahme durch die Novelle 2005	17
2.1.4. Steigerung der Effizienz des Kartellrechts	19
2.2. Entwicklung in der EU	21
2.2.1. Freier Wettbewerb als zentrales Anliegen	21
2.2.2. Erste kartellrechtliche Durchführungs- verordnung 1962	24
2.2.3. System der Legalaußnahme durch die VO 1/2003	25
2.2.4. Kartellgeldbuße in der Praxis der Europäischen Kommission und der europäischen Gerichte	28
2.3. Kartell(straf)recht in Deutschland und der Schweiz	31
2.3.1. Ordnungswidrigkeit in Deutschland	31
2.3.2. Verwaltungssanktionen und Strafsanktionen im schweizerischen Kartellrecht	35
3. Kartellgeldbuße als Strafe?	39
3.1. Meinungsstand	39
3.1.1. Österreichische Kartellgerichte: „strafrechts- ähnlicher Charakter“	39

3.1.2.	Schrifttum: Kartellgeldbuße als Strafe im weiteren Sinn	43
3.1.3.	Europäische Kommission und europäische Gerichte zur europäischen Kartellgeldbuße	46
3.2.	Begriffliche Vorklärung	50
3.2.1.	„Sanktion“	50
3.2.2.	„Strafe“ im weiteren Sinn und im engeren Sinn	51
3.2.3.	„Unternehmer“ und „Unternehmen“	56
3.3.	Hindernisse einer Einordnung als „Strafe“?	59
3.3.1.	(Kriminal-)Strafrechtssetzungskompetenz der EU?	59
3.3.1.1.	(Kriminal-)Strafrechtssetzungskompetenz vor Lissabon	60
3.3.1.2.	(Kriminal-)Strafrechtssetzungskompetenz nach Lissabon	61
3.3.2.	Mangelnde Straffähigkeit von Unternehmen? ...	64
3.3.2.1.	Merkmale und Wirkung einer Strafe	64
3.3.2.2.	Fehlende Handlungsfähigkeit von Unternehmen?	68
3.3.2.3.	Widerspruch zum Schuldgrundsatz?	68
3.3.2.4.	„Strafempfänglichkeit“ von Unternehmen	71
3.3.3.	Geldbuße als pauschale Gewinnabschöpfung? ...	72
3.4.	Parallele zur Verbandsgeldbuße des VbVG?	75
3.4.1.	Überwiegend formelle Unterschiede zur Verbandsgeldbuße	76
3.4.2.	Materielle Ähnlichkeit zur Verbandsgeldbuße ...	81
3.5.	Einordnung als „Strafe“	83
3.5.1.	Strafrechtliche Anklage im Sinn des Art 6 EMRK	83
3.5.1.1.	Innerstaatliche Einordnung	85
3.5.1.2.	Art des Vergehens	86
3.5.1.3.	Art und Schwere der angedrohten Sanktion	90
3.5.1.4.	Definition einer „Anklage“	97
3.5.1.5.	Konsequenzen des Vorliegens einer „strafrechtlichen Anklage“	98
3.5.2.	Straffähigkeit von Unternehmen	99
3.5.2.1.	Handlungsfähigkeit	100
3.5.2.2.	Schuldfähigkeit	104
3.5.2.3.	„Strafempfänglichkeit“	112

3.5.3.	Kriterien bei Bemessung der Kartellgeldbuße ...	114
3.5.3.1.	Schwere und Dauer der Rechtsverletzung	114
3.5.3.2.	Grad des Verschuldens	116
3.5.3.3.	Erzielte Bereicherung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	116
3.6.	(Zwischen-)Ergebnis und Folgeproblematik	119
3.6.1.	Einordnung als Strafe im weiteren Sinn	119
3.6.2.	Anwendung strafrechtlicher und strafprozessualer Grundsätze	119
4.	Relevanz strafrechtlicher Grundsätze	124
4.1.	Vorüberlegungen	124
4.2.	Unterlassen	126
4.2.1.	Allgemeine Grundsätze der Strafbarkeit wegen Unterlassens	127
4.2.1.1.	Regelung in § 2 StGB	127
4.2.1.2.	Strafbarkeit wegen Unterlassens im VStG und im FinStrG	129
4.2.1.3.	Situation in Deutschland und der Schweiz	132
4.2.1.4.	Zwischenergebnis	133
4.2.2.	Strafbarkeit des Unterlassens im Kartellrecht? ...	135
4.2.2.1.	Strafbares Unterlassen aufgrund offener Formulierung der Tathandlung	137
4.2.2.2.	Anwendung der allgemeinen Grundsätze der Strafbarkeit wegen Unterlassens?	143
4.2.2.3.	Garantenstellung und Gleichwertigkeit	148
4.2.3.	Ergebnis	153
4.3.	Beteiligung	155
4.3.1.	Beteiligungsmodelle im nationalen Strafrecht ...	157
4.3.1.1.	Einheitstäter im StGB und FinStrG	157
4.3.1.2.	„Anstiftung“ und „Beihilfe“ im VStG	159
4.3.1.3.	Beteiligungsstrafbarkeit in Deutschland und der Schweiz	160
4.3.1.4.	Vorschläge einer Beteiligungsregelung für europäisches Strafrecht	161
4.3.2.	Strafbarkeit der Beteiligten im Kartellrecht?	164
4.3.2.1.	Auslegung der Kartellgeldbuße-Tatbestände	164
4.3.2.2.	Die „Kartellwächter“-Judikatur des Europäischen Gerichts	165

4.3.2.3.	Die „Zuwiderhandlung“ gegen ein Verbot als Anknüpfungspunkt?	169
4.3.3.	Beteiligungsstrafbarkeit bei den einzelnen Kartellgeldbuße-Tatbeständen	171
4.3.3.1.	Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen das Kartellverbot	171
4.3.3.2.	Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen das Missbrauchsverbot	179
4.3.3.3.	Beteiligung an einer Zuwiderhandlung gegen das Durchführungsverbot	181
4.3.3.4.	Beteiligung an einem Verstoß gegen Verpflichtungszusagen	182
4.3.4.	Ergebnis	183
4.4.	Versuch	186
4.4.1.	„Versuchsstrafbarkeit“ durch Auslegung der Tatbestände?	187
4.4.1.1.	Das „versuchte“ Kartell	187
4.4.1.2.	Der „versuchte“ Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	189
4.4.1.3.	„Versuch“ der anderen Geldbuße-Tatbestände	192
4.4.2.	Ergebnis	193
4.4.3.	Versuchsstrafbarkeit de lege ferenda?	194
4.5.	Vorsätzliche und fahrlässige Begehung	196
4.5.1.	Abgrenzung von Vorsatz und Fahrlässigkeit im Kartellrecht	198
4.5.1.1.	Vorsatz	198
4.5.1.2.	Fahrlässigkeit	201
4.5.1.3.	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung als vorsätzlicher Fehlgebrauch?	202
4.5.2.	Vorsatz und Fahrlässigkeit des Unternehmens	203
4.5.2.1.	OGH: Analoge Anwendung des § 3 VbVG	204
4.5.2.2.	Stellungnahme: „Vorsätzliche Zuwiderhandlung“ des Unternehmens	205
4.5.2.3.	Stellungnahme: „Fahrlässige Zuwiderhandlung“ des Unternehmens	207
4.5.3.	Ausschluss von Fahrlässigkeit bei „compliance defence“?	208
4.5.4.	Ergebnis	211

4.6.	Notwehr und Notstand	212
4.6.1.	Notwehr und rechtfertigender Notstand	213
4.6.2.	Rechtfertigende Pflichtenkollision	214
4.6.3.	Entschuldigender Notstand	215
4.6.4.	Ergebnis	216
4.7.	Verbotsirrtum	216
4.7.1.	Die „SSK Spediteurs-Sammelladungs-Konferenz-Entscheidung“ des EuGH	217
4.7.1.1.	Der Ausgangssachverhalt	217
4.7.1.2.	Das Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH	218
4.7.1.3.	Der Schlussantrag der Generalanwältin Kokott	219
4.7.1.4.	Anerkennung des Verbotsirrtums durch den OGH im Fall „DB MobilityLogistics – Masped Schenker“	221
4.7.2.	Überblick über Meinungsstand	223
4.7.2.1.	Prinzip des generellen Verbots mit Erlaubnisvorbehalt (VO 17/1962)	223
4.7.2.2.	System der Legalausnahme (VO 1/2003)	225
4.7.3.	Stellungnahme	226
4.7.4.	Ergebnis	229
5.	Zusammenfassung und Ausblick	231
Anhang	239
Stichwortverzeichnis	249